Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1.40 durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr RM. 1.70 mit Postbestellgebühr. Preise freibleibend. Preis einer Nummer 10 Rpf. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen und Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 404
Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Rpf., Reklamezeile 80 Rpf. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunftserteilung 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für telef. Aufträge wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 276 | Donnerstag den 24. November 1932 | 90. Jahrgang

Hitlers Antwort an den Reichspräsidenten

Absage an eine parlamentarische Regierungsbildung — Präsidialkabinett unter Hitlers Führung?

Berlin, 23. Nov. (Eig. Meldung.) Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit: Heute nachmittag um 6.30 Uhr wurde die Antwort Adolf Hitlers auf das gestrige Schreiben dem Herrn Staatssekretär Dr. Meißner überreicht.

Die Antwort bringt — unter eingehender Begründung — zum Ausdruck, daß Adolf Hitler den ihm vom Reichspräsidenten übergebenen Auftrag einer rein parlamentarischen Lösung der Regierungskrise nicht übernehmen kann, weil er die Verbindung mit den gemachten Vorbehalten innerlich undurchführbar hält. Angesichts der trostlosen Lage unseres Vaterlandes, der immer steigenden Not und der Verpflichtung für jeden einzelnen Deutschen, sein Letztes zu tun, damit Volk und Reich nicht im Chaos versinken, hat Adolf Hitler dem Herrn Reichspräsidenten einen klar umrissenen Vorschlag unterbreitet, durch den in kürzester fixierter Frist die Regierungskrise gelöst werden kann.

Der Vorschlag schließt mit dem Versprechen Adolf Hitlers, bei seiner Annahme sowohl seine Person wie auch seine ganze Bewegung für die Lösung der Regierungskrise und dann für die Errettung des Vaterlandes einzusetzen.

Nach der Antwort Hitlers

Berlin, 23. Nov. (Eig. Meldung.) Wie in politischen Kreisen verlautet, ist die Antwort Adolf Hitlers nicht an den Reichspräsidenten, sondern wieder an Staatssekretär Meißner gerichtet. Die ersten sechs Seiten enthalten eine sehr ausführliche Auseinandersetzung mit den Argumenten des gestrigen Briefes des Staatssekretärs Meißner an Adolf Hitler. Der eigentliche Vorschlag ist in den letzten 1½ Seiten enthalten. Aus einer Reihe von Umständen läßt sich der sichere Schluß ziehen, daß er auf ein Präsidialkabinett unter Hitlers Führung hinausläuft. Offenbar ist die Formulierung aber so, daß der Vorschlag nicht als Hitlers letztes Wort aufgefaßt werden kann. Dafür spricht auch die Tatsache, daß Reichstagspräsident Göring bei der Ueberreichung der Antwort ausdrücklich den Wunsch ausgesprochen hat, daß die Fäden zwischen dem Büro des Reichspräsidenten und Herrn Hitler nicht abgerissen, sondern die Verhandlungen unter allen Umständen fortgeführt werden möchten. Ebenso hat Göring darum gebeten, Hitlers Vorschlag als solchen vorläufig geheim zu halten, damit die weiteren Verhandlungen nicht gestört werden. In Kreisen der Reichsregierung werden deshalb auch keinerlei Auskünfte hierüber gegeben, bevor der Reichspräsident über den Vorschlag entschieden hat. Die Verhandlungen werden auch nicht schriftlich, sondern mündlich in der Form fortgesetzt, daß entweder der Reichspräsident Adolf Hitler erneut empfängt, oder Staatssekretär Meißner die Verbindung aufrecht erhält.

In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß der Reichspräsident seine Entscheidung nicht bereits heute abend trifft, und zwar deshalb, weil er das ernste Bestreben hat, auch die weiteren Verhandlungen in aller Ruhe und Sorgfalt zu führen, damit, wenn irgend möglich, eine positive Lösung erzielt wird.

Dieses Bestreben wird umso stärker eingeschätzt, als die Art der Antwort Hitlers, wie sie in dem nationalsozialistischen Communiqué bekannt gegeben wurde, außerordentlich stark befremdet hat.

Nach Auffassung politischer Kreise enthält das nationalsozialistische Communiqué eine ungewöhnliche Kritik an dem Reichsoberhaupt in der Behauptung, daß die Vorbehalte des Reichspräsidenten „innerlich undurchführbar" seien. Diese Feststellung hat umso mehr befremdet, als Adolf Hitler bei seinen persönlichen Besprechungen im Hause des Reichspräsidenten die Vorbehalte grundsätzlich angenommen hat. Dasselbe gilt für die übrigen Parteiführer, die der Reichspräsident empfangen hat. So mußte der Reichspräsident den bestimmten Eindruck gewinnen, daß eine parlamentarische Mehrheitsbildung aufgrund der von uns vorgestern bereits veröffentlichten fünf Punkte möglich sei. In diesem Sinne ist das Ersuchen des Reichspräsidenten eine direkte Fortsetzung der Besprechung, die er am Samstag mittag mit Adolf Hitler gehabt hat.

Geht die Kritik an den Vorbehalten des Reichspräsidenten schon aus diesen sachlichen Gründen fehl, so gilt dies nach Auffassung politischer Kreise im selben Maße für die in den letzten Tagen laut gewordene Beanstandung des Ersuchens, festzustellen, ob „eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm" im Reichstage für eine neue Reichsregierung vorhanden ist. Es steht nämlich außer allem Zweifel, daß auch alle früheren Aufträge an andere Persönlichkeiten vom Reichspräsidenten immer limitiert worden sind. Das gilt in erster Linie auch für den Auftrag, den vor einem halben Jahr Reichskanzler v. Papen bekommen hat. Er lautete auf die „Bildung einer Regierung der nationalen Konzentration". Bei der Bildung des Kabinetts Brüning hat der Reichspräsident am 28. März 1930 erklärt, daß es ihm nicht zweckmäßig erscheine, die künftige Reichsregierung auf einer koalitionsmäßigen Bindung aufzubauen. In der amtlichen Mitteilung hierüber wurde dann festgestellt, daß „Dr. Brüning den ihm in dieser Form erteilten Auftrag" angenommen habe. Bei der Umbildung des Kabinetts am 7. Oktober 1931 wurde der Auftrag in ähnlich begrenzter Form wiederholt, nämlich erteilt „mit der Maßgabe, daß die Regierungsumbildung ohne parteimäßige Bindungen erfolgen solle"; ebenso sind die früheren Beauftragungen mit ausdrücklichen Beschränkungen erfolgt, so der an Hermann Müller im Juli 1928 und der an den Reichskanzler Marx im Januar 1927. Bei der Bildung des Kabinetts Müller hat der Reichspräsident, als eine bestimmte Partei für sich den Vizekanzler forderte, obendrein noch öffentlich festgestellt, daß er es ablehnen müsse, „in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich von einer Fraktion für die Zusammensetzung des Reichskabinetts besondere Vorschriften machen zu lassen".

Mit diesen Beispielen wird nach Auffassung in Regierungskreisen die in den letzten Tagen verschiedentlich geäußerte Ansicht wiederlegt, daß die Begrenzung des Auftrages mit einem parlamentarischen Charakter nicht vereinbar sei. Adolf Hitler hat in seiner Antwort seinerzeit eine Art Verfahren für die weiteren Verhandlungen um die Kabinettsbildung vorgeschlagen, ohne bereits eine Ministerliste aufzustellen. Die Entscheidung über das Verfahren liegt nun selbstverständlich beim Reichspräsidenten. In politischen Kreisen nimmt man an, daß er dem Wunsche, die Fäden in diesem Stadium nicht abreißen zu lassen, entsprechen wird, zumal der Vorschlag Adolf Hitlers und der nationalsozialistischen Führung als Diskussionsgrundlage bezeichnet worden ist. Wenn übrigens in dem nationalsozialistischen Kommuniqué und Hitlers Vorschlag gesagt wird, daß die Regierungskrise durch ihn in „kürzester, fixierter Frist" gelöst werden könne, so ist das nicht so aufzufassen, als stelle Adolf Hitler dem Reichspräsidenten ein Ultimatum. In der Antwortnote wird vielmehr gerechnet, daß Adolf Hitler, wenn ihm der Auftrag erteilt würde, in einer genau bezeichneten Frist in der Lage sei, die Krise zu lösen. Die Entscheidung des Reichspräsidenten wird nun wahrscheinlich im Laufe des morgigen Donnerstags ergehen. Meldungen, daß morgen auch ein Empfang der Parteiführer stattfinden solle, beruhen auf Kombinationen, die nicht zutreffen dürften.

Demonstrationen vor dem „Kaiserhof"

Nachdem um 18.30 Uhr Reichstagspräsident Göring vom Hotel „Kaiserhof" abgefahren war, um die Antwort Hitlers an den Reichspräsidenten zu überbringen, mischte sich plötzlich, von allen Seiten kommend, eine große Anzahl kommunistischer Demonstranten unter die hier versammelte Menge. Sie rotteten sich vor dem Eingang des Hotels zusammen und stießen Rufe gegen Hitler aus. Nationalsozialisten gerieten mit den Kommunisten ins Handgemenge. Nationalsozialisten wie Kommunisten wurden von der Polizei abgedrängt.

Die nationalsozialistischen Führer für Hitler

Berlin, 23. Nov. (Eig. Meldung.) Die Abgeordneten Frick, Goebbels, Göring, Röhm und Strasser haben am Mittwoch die folgende Erklärung an Adolf Hitler überreicht:

„Wie seit Bestehen der NSDAP., besonders in politisch erregten Zeiten üblich, veröffentlicht die gegnerische Presse auch jetzt wieder in verschiedenartiger Aufmachung aus der Luft gegriffene Zweckmeldungen über angebliche Unstimmigkeiten innerhalb der nationalsozialistischen Führerschaft. Um diesem in seiner Absicht leicht erkennbaren Wunschbild der Gegner Rechnung tragenden Geschwätz ein für alle Mal ein Ende zu machen, erklären die Unterzeichneten, einig in unerschütterlicher Gefolgschaftstreue zum Führer der Bewegung, daß sie es für unter ihrer Würde halten, in irgend einer Form auf solche Lügen künftig hin noch einmal einzugehen."

Der Glaube an das Reich

Besinnung in den Tagen der Krise

Die Nöte des Tages, die inneren Spannungen der deutschen Politik, die gerade in diesen Tagen wieder das öffentliche Leben beherrschen, lassen meist die tieferen Ursachen der großen „Krise" der Weltpolitik vergessen. In dem Tumult des politischen Alltags fällt es kaum noch auf, daß in unseren Tagen mehr und mehr alle Fragen wieder auftauchen im deutschen Leben, die längst beantwortet und erledigt schienen. Nicht nur die Frage nach der sozialen Ordnung und Gerechtigkeit, nach dem Recht des Eigentums und Besitzes, nach dem Recht des Staates auf Wirtschaftsführung, sondern auch die besonderen deutschen Fragen nach dem Recht des preußischen Reichsführungsanspruchs nach der berüchtigten „Mainlinie", die auch eine konfessionelle Demarkationslinie sein kann, brechen wieder auf wie Wunden am deutschen Volkskörper. Es hat eine öffentliche Erörterung des Reichsgedankens begonnen, die kaum mehr einzudämmen ist, obgleich sich viele Stellen der Gefährlichkeit dieser Erörterungen bewußt sind. Aber in Zeiten wie der unseren, die viele Aehnlichkeit mit der Reformation und dem Dreißigjährigen Kriege hat, sind gewisse Fragen und der Kampf um ihre Beantwortung nicht zu unterdrücken. Es erweist sich eben immer mehr als eine tief begründete Wahrheit, daß der Weltkrieg mehr war der Austrag internationaler Interessenkämpfe, sondern daß in diesem ungeheuren Ringen eine Welt zusammenbrach oder wenigstens bis ins Innerste erschüttert wurde, die nun um neue Existenzformen ringt.

Franz Schauwecker hat diese Erkenntnis in seinen bekannten Büchern („Der feurige Weg", „Aufbruch der Nation", „Deutsche allein") aus dem Erlebnis der Front, aus dem schaurigen Erinnern an die Stunden der Materialschlacht heraus gedeutet. Er hat neulich zusammen mit Friedrich Wilhelm Heinz und Friedrich Hielscher einen Vortragsabend in Berlin veranstaltet, an dem er eine Deutung der deutschen Innerlichkeit unternahm, jener Innerlichkeit, aus der allein dieses unerhörte, immer mehr wachsende Chaos der Zeit zu bändigen ist. Schauwecker gehört ebenso wie Friedrich Wilhelm Heinz zu den Dichtern und Deutern des Weltkrieges und des ihm folgenden Zeitalters der Auflösung, die diese Auflösung bejahen, weil sie notwendig wurde, um zu neuen beständigeren Gestaltungen zu kommen. Man kann sagen, daß diese Deuter unserer Zeit und unseres deutschen Erlebens jenen Nihilismus in sich austragen, den Nietzsche ankündigte, die radikale und grundsätzliche Bezweiflung aller überkommenen Werte. An jenem Abend, in den Tagen der wieder einmal notwendig gewordenen Umbildung der Reichsregierung, als die Fanfaren der Wahlpropaganda verhallt waren und die unerbittlichen Notwendigkeiten der Leistung an die Führung der einzelnen Volksgruppen herandrängten, war es bedeutungsvoll, von Männern des bewußten und durchdachten Fronterlebnisses und Sehern der kommenden Aufgaben eben aus diesem Geiste zu hören, wie sie aus der radikalen Bezweiflung aller überkommenen Werte dennoch zu der Bejahung des Deutschen an sich kamen. Für Schauwecker und seine Freunde ist es klar, daß den Deutschen jetzt im Geiste und in der Politik die Aufgabe jenes „Gegenstoßes aus der Tiefe" zufällt, der an den Fronten des großen Krieges soldatisch oft genug von den Deutschen erprobt wurde. So erleben wir auch heute ein Eindringen fremder, uns Deutschen wesensfremder Kräfte in unser Volk, die allmählich eine Gegenstoßbewegung aus der Tiefe der deutschen Seele herausfordern. Aus dieser tiefen deutschen Innerlichkeit wird einst, so sagte Schauwecker, das Reich geboren werden, das in uns lebt als heimliches Deutschland, als Religion, und das nach Verwirklichung drängt. Man kann es nicht abzählen nach Nummern, man kann es nicht mit einer Partei einfangen, man muß es wachsen lassen in den Seelen.

Der Mensch dieser kommenden Ordnung aber wird jenen Kämpfern gleichen, die am Schluß des großen Krieges ganz auf sich gestellt ihren Granattrichter, ihr Maschinengewehrnest verteidigten, als die Uebermacht des Feindes längst den Zusammenhang der Front zerstört hatte. F. W. Heinz hat in seinem neuen Buche „Die Nation greift an" die Fortentwicklung dieses ganz auf sich, seine sittliche Entscheidung gestellten Kämpfers in der Zeit der Nachkriegskämpfe im Osten gegen Polen und an der Ruhr gegen den Westen geschildert. Den politischen Soldaten nahm er auch in dem erwähnten Vortrage über den Menschen der kommenden Ordnung zum Ausgangspunkt. Die persönliche innere Entscheidung macht ihn aus, macht ihn fähig, Schicksal zu tragen, selber Schicksal zu werden.

Daß aber die ungeheuren, die ganze Erde umspannenden Krisenerscheinungen unserer Zeit ausgelöst wurden vom europäischen großen Kriege, das brachte Friedrich Hielscher an jenem Abende in Berlin noch einmal in aller Bewußtsein. Der „Weltkrieg", der „Erste Weltkrieg", wie ihn diese Deuter des deutschen Schicksals nennen, löste die gewaltigen und in ihrer Tragweite noch nicht zu übersehenden Freiheitsbewegungen in Asien aus, die Einigungsbewegung der Inder, den antiimperialistischen Freiheitskampf der Chinesen, die darin den Lehren ihres genial denkerischen Führers Sunjatsen folgen, der Araber, der Aegypter, in weiterem Sinne der Südafrikaner und schließlich vieler Farbiger, die im Weltkriege Weiße gegen Weiße kämpfen sahen. In Europa haben die Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegungen der Iren und Flamen durch den Weltkrieg verstärkten Auftrieb erhalten, und die von unseren Gegnern so eifrig geförderte Selbstbestimmungsansprüche der Völkerschaften des Nahen Ostens gehören auch zu den großen Unruhestiftern unserer Zeit. Deutschland als das Land der Mitte, um das der Weltkrieg tobte, ist heute auch noch die Völkermitte, um die die Krise ihre Vernichtung der Vorkriegswelt erbarmungslos mit geschichtlicher Notwendigkeit vollzieht. Aus diesem Reiche wird einmal die Genesung kommen, dieses Reich der Deutschen wird einmal in ferner Zukunft die Welt ordnen. Das ist der

Das deutsche Problem in Europa

Auf der 8. Jahresversammlung der Deutsch-Oesterreichischen Arbeitsgemeinschaft in München entwickelte Reichswehrminister a. D. Dr. Geßler ein interessantes Bild vom deutschen Problem in Europa. Dabei führte er u. a. folgende Gedanken aus:

Das deutsche Schicksal wird völkerrechtlich besiegelt durch Versailles, tatsächlich aber durch die Politik der Großmächte. Frankreichs deutsche Politik war seit Jahrhunderten von der Absicht bestimmt, Deutschland niederzuhalten. Neben den zahllosen abgeleierten Schlagworten, die diesem Ziele dienen müssen, erfand es in jüngster Zeit eines der allergefährlichsten: Die Theorie von der Rettung und dem Zusammenschluß des Abendlandes. Das Abendland soll dabei nur bis zur Elbe reichen. Ostpreußen usw., das alles soll somit den Polen ausgeliefert werden. Es gehört ja nicht zum „Abendland".

Hilfe gegen Frankreich suchen viele von England. Aber England braucht unbedingt Frieden. Es weiß zu gut, daß Frankreich nur durch eine ernste Machtprobe zum Nachgeben gezwungen werden kann. Daher gibt England stets nach.

Auf Italien dürfen wir noch weniger rechnen. Hilfe aus dem Osten? So wie heute Rußland dasteht, warten wir vergebens auf Beistand. Und was später einmal aus dem bolschewistischen Rußland werden soll, wissen wir noch nicht. Vielleicht müssen noch 100 Jahre vergehen, bis Rußland außenpolitisch eingreift. Und dann ist es nicht sicher, wie Rußland sich zu Europa stellt.

Hilfe von Amerika? Kaum. Hilfe aus der Weltwirtschaft? Auch das ist fraglich. Vernunftgründe? Kaum. Hilfe durch einen moralischen Umschwung? Wir sollen die Kongresse nicht überschätzen.

Was wir heute brauchen, ist die gesamtdeutsche Schau, der Blick aufs ganze Deutschland. Und dann noch eine geistige Elite, die stark genug ist, der Mittelpunkt deutschen kulturellen Denkens zu sein.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Glaube, den diese Denker und Deuter unseres Schicksals der werdenden neuen Nation einpflanzen wollen. Es ist notwendig, sich in diesen Tagen schwerer Entscheidungen mit solchen Gedanken zu befassen. Das hat die öffentliche Meinung aller Schattierungen denn auch erkannt, als sie sich mit dem erwähnten Abend der drei deutschen Kämpfer befaßte.

Aber es wird kein leichter Kampf sein, der da zu Ende geführt werden muß, der alle die tiefen inneren Gegensätzlichkeiten des Deutschtums wieder einmal austragen muß. Als Luther auf den Reichstag zu Worms ging, rief man ihm zu: Mönchlein, du gehst einen schweren Gang! Das kann man heute nicht nur jenen einzelnen Kämpfern für das ewige Reich der Deutschen zurufen — sondern dem ganzen deutschen Volke... Aber: Was uns nicht umbringt, macht uns stärker!

Curt Hetzel.

6 Milliarden Steuerausfall

Nach allgemeiner Ansicht sind wir heute am tiefsten Punkt der Krise angelangt, sofern nicht die Politik neue Störungen heraufbeschwört. Die ganze Wucht der überstandenen Krise erkennen wir am besten, wenn wir die Steuerausfälle zusammenzählen, die wir in den Jahren 1929/1932 erlitten. Die Reichssteuern mußten in dieser Zeit einen Rückgang von 2½ Milliarden buchen, obwohl sie in dieser Zeit um 2 Milliarden erhöht wurden. Der tatsächliche Ausfall an Reichssteuern beträgt also eine halbe Milliarde. Dazu kommen noch die Gemeindesteuern. Ihre Erträgnisse gingen um eine Milliarde zurück, obwohl in der gleichen Zeit diese Abgaben und Steuern um eine halbe Milliarde heraufgesetzt wurden. Demnach haben wir einen Ausfall von 1½ Milliarden RM. an Gemeindeabgaben und Gemeindesteuern. Es ergibt sich nun das Ungeheuerliche, daß wir in den Jahren 1929/32 unter den grauenhaften Schlägen der zermalmenden Krise einen Steuerausfall von 6 Milliarden RM. aufwiesen.

Preußens Staatsrat will neue Klage vor dem Staatsgerichtshof

Berlin, 23. Nov. Der Verfassungsausschuß des preußischen Staatsrats hat einen Antrag angenommen, der erklärt, daß der Erlaß des Reichspräsidenten vom 18. November über die Gewaltenteilung in Preußen in wesentlichen Punkten der Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht Rechnung trage und der Reichs- und Landesverfassung widerspreche. Alle nach dem 20. Juli vom Reichskommissar an den Staatsrat gebrachten Verordnungen, die der preußische Staatsrat unter Rechtsverwahrung erledigt habe, seien rechtswidrig erlassen; der Staatsrat werde die noch nicht erledigten Vorlagen nicht mehr erledigen. Die Vereinigung des preußischen Landwirtschaftsministeriums mit dem Reichsernährungsministerium sei verfassungswidrig.

Zum Schluß wird erklärt, daß der Staatsrat zur Klarstellung der durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juni und den Erlaß vom 18. November hervorgerufenen Streitpunkte eine Klage beim Staatsgerichtshof für notwendig halte.

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtags kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem nationalsozialistischen Vorsitzenden, Abg. Hinkler, und den deutschnationalen Mitgliedern. Diese verließen die Sitzung und die deutschnationale Landtagsfraktion wird gegen Abg. Hinkler weitere Schritte unternehmen.

Da Ministerpräsident Braun erkrankt ist, wird ihn Minister Hirtsiefer vor dem Landtagsplenum heute und in den nächsten Tagen vertreten.

Eine außenpolitische Rede Churchills im Unterhaus

w. **London**, 23. Nov. Churchill erklärte heute im Unterhaus, es bestehe kein Zweifel, daß den Aussichten für eine Regelung der Kriegsschulden schwerer Schaden zugefügt worden sei. Es wäre untragbar, wenn England als einziger aller Sieger- und Besiegtenstaaten des Krieges dazu verurteilt würde, für nahezu zwei Generationen eine riesige Entschädigung für seine Anstrengungen während des Krieges nach Uebersee zu zahlen.

Mit Bezug auf die Abrüstungsfrage sagte Churchill: Frankreich spricht nicht nur für sich. Es ist der Führer eines Systems von Staaten, die alle hinsichtlich ihrer Grenzen von den gegenwärtig bestehenden Friedensverträgen abhängen. Deutschland fordere jetzt, daß ihm erlaubt werden sollte, sich zu bewaffnen. Deutschland würde weiter die Rückgabe der verlorenen Gebiete und Kolonien fordern. England, so erklärte Churchill unter Beifall, müsse sehr vorsichtig sein, um nicht über seine Stellung hinaus in die europäische Struktur verwickelt zu werden.

Churchill erklärte im weiteren Verlauf seiner Rede, Frankreich sei zwar bis an die Zähne bewaffnet, aber bis ins Mark pazifistisch. Die Beseitigung der gerechten Beschwerden der besiegten Staaten müsse der Abrüstung der Sieger vorangehen. Gleiche Rüstungen herbeizuführen, während diese Beschwerden unverändert bestehen blieben, würden einen neuen europäischen Krieg bedeuten. Es wäre viel sicherer, Fragen wie den Danziger Korridor und Transsylvanien kaltblütig wieder zu eröffnen und die Atmosphäre wieder zu beruhigen, solange die Siegerstaaten noch eine große Ueberlegenheit hätten. England würde weniger Gefahr laufen, wenn es für die Wiedergutmachung dieser Uebel, anstatt für die Abrüstung eintrete. Abrüstung könne es nur bei neuen Garantien fordern.

Hoover lehnt Streichung oder Aufhebung der Kriegsschuldenzahlungen ab

Ein neuer Vermittlungsvorschlag

w. **Washington**, 23. Nov. Präsident Hoover hat seine Ansichten zur Schuldenfrage in einem längeren Exposé dargelegt.

Darin spricht er sich gegen die Streichung und auch gegen den Aufschub der am 15. Dezember fälligen Kriegsschuldenrate aus, schlägt jedoch vor, die amerikanischen Delegierten auf der Abrüstungs- und Weltwirtschaftskonferenz zu bevollmächtigen, Verhandlungen mit den Schuldnerregierungen zu führen. Diese Verhandlungen sollen sowohl die künftige Zahlungsfähigkeit der Schuldnerstaaten zum Gegenstand haben, wie auch dazu dienen, Mittel und Wege zu finden, durch die die Zahlung erleichtert werden kann.

Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf eine Verminderung der Rüstungsausgaben als eines der möglichen Mittel oder, als ein anderes, die Anbahnung eines lebhafteren Warenverkehrs, sowie sonstige Methoden, die jedoch die Lasten des amerikanischen Steuerzahlers nicht erhöhen dürfen.

Falls ein Transfer unüberwindliche Schwierigkeiten machen sollte, sieht das Exposé Hoovers als Notmaßnahme die Deponierung der Ratenbeträge in den Schuldnerländern zugunsten Amerikas vor. Hoover weist das Argument der Alliierten zurück, daß das Lausanner Abkommen etwas mit Amerika zu tun habe. Amerika erhalte keine Reparationen und könne daher nicht die ausgefallenen Reparationszahlungen durch eine Streichung der Kriegsschuldenleistungen balanzieren. Als feststehende Auffassung wird betont, daß sich die Alliierten anders als bei den Reparationen bei den Kriegsschulden freiwillig zur Zurückzahlung verpflichteten und anerkannten, daß nur eine tatsächliche Zahlungsunfähigkeit Grund zur Revision bieten könne.

Der Steuergutschein kein Zahlungsmittel

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter

Der sogenannte Steuergutschein-Ausschuß, der aus prominenten Vertretern der Wirtschaft gebildet worden ist, um über die Unterbringung der Steuergutscheine Vorschläge zu machen und Beschlüsse zu fassen, hat darüber beraten, ob es etwa möglich ist, die Steuergutscheine als Zahlungsmittel in den Umlauf zu bringen. Angesichts der begrenzten Umlaufszeit hätte es nahe gelegen, den Steuergutschein gewissermaßen zu einem Zahlungsmittel im Großverkehr zu machen. Dann hätten z. B. die Unternehmungen beim Einkauf inländischer Rohstoffe oder Materialien ihre Lieferanten einfach mit Steuergutscheinen bezahlen können. Man hätte dann freilich auch einen Annahmezwang für einen beschränkten Verkehr schaffen müssen. Der Ausschuß, der unter Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther tagte, hat zwar endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt. Aber er hat sich sehr entschieden gegen eine Verwendung der Steuergutscheine als Zahlungsmittel ausgesprochen. Begründet wurde das vor allem damit, daß der Steuergutschein ein reines Kreditinstrument sei, und daß deshalb seine Verwendung als Zahlungsmittel nicht erwünscht sein könne. In ruhigen und guten Zeiten sind allerdings gelegentlich auch Kreditpapiere als Zahlungsmittel behandelt worden. Es sei nur daran erinnert, daß z. B. die Zinscoupons der Pfandbriefe öffentlicher Kreditinstitute in der Vorkriegszeit vielfach von Hand zu Hand wanderten und so geradezu als Zahlungsmittel dienten. In unsicheren Zeiten bestehen hiergegen aber schwere Bedenken. Die Emissionen der Steuergutscheine werden sich auf 1½ bis 2½ Milliarden RM. belaufen, wovon nur der kleinere Teil bei der Reichsbahn oder bei anderen Erstbesitzern verbleiben wird. Eine so umfangreiche unkontrollierte Vermehrung des Zahlungsmittelumlaufs könnte, wenn etwa einmal der öffentliche Kredit durch irgendwelche Ereignisse erschüttert würde, allerdings zu einer erheblichen Gefährdung der Währung führen.

Durch den Beschluß des Steuergutschein-Ausschusses, eine Benutzung der Scheine als Zahlungsmittel grundsätzlich abzulehnen, wird aber zugleich auch der von den Anhängern einer ungedeckten Ausweitung des Reichsbankkredits häufig vorgebrachten Behauptung, daß die Emission der Steuergutscheine ja bereits eine Vermehrung des Zahlungsmittelumlaufs bedeute, der Boden entzogen. Denn wenn die Reichsbank und die übrigen verantwortlichen Stellen eine direkte Verwendung der Steuergutscheine zu Zahlungszwecken strikt ablehnen, so werden sie selbstverständlich auch eine indirekte, auf dem Umwege über eine Lombardierung der Steuergutscheine verhindern, sobald daraus eine unkontrollierbare Erweiterung des Zahlungsmittelumlaufs entstehen könnte. Währungspolitische Theoretiker, die Anhänger einer ungedeckten Notenvermehrung sind, haben behauptet, daß es der Reichsbank gar nicht möglich sei, die zur Lombardierung von etwa 1½ Milliarden RM. Steuergutscheinen erforderlichen Zahlungsmittel im Rahmen ihrer heutigen Gold- und Devisendeckung auszugeben, daß sie also den Zahlungsmittelumlauf zu erweitern gezwungen sein werde. Hierauf ist erstens zu erwidern, daß ja die 1½ Milliarden RM. und mehr Steuergutscheine nicht auf einmal, sondern höchstens im Laufe eines Jahres emittiert werden sollen, daß also zu ihrer Lombardierung ein sehr viel geringerer Betrag an Zahlungsmitteln erforderlich sein würde, selbst wenn sie beabsichtigt wäre. Ferner aber hat die Reichsbank, die den Steuergutschein soeben ausdrücklich als ein Kreditinstrument bezeichnet hat, natürlich niemals daran gedacht, nun dieses Kreditpapier im Umfange seiner Gesamtemission selbst zu lombardieren. Die Ausgabe der Steuergutscheine ist im Grunde genommen nichts anderes als eine Reichsanleihe, die in diesem Falle noch eine besondere Sicherheit in Gestalt der Verpfändung künftiger Steuereingänge erhalten hat. Wenn das Reich eine Anleihe auflegt, so ist es natürlich nicht bereit, nun diese Anleihe sofort wieder durch die Reichsbank lombardieren zu lassen, denn dann wäre ja die ganze Anleihe-Emission im Grunde genommen zwecklos, und das Reich könnte sich lieber unmittelbar von der Reichsbank einen entsprechenden Kredit einräumen lassen. Selbst von den Kriegsanleihen wurde bekanntlich immer nur höchstens ein Bruchteil der ausgegebenen Stücke bei der Reichsbank lombardiert.

Es ist also ganz selbstverständlich, daß der weitaus überwiegende Teil der Steuergutscheine fest untergebracht werden soll und muß. Ein großer Teil von ihnen wird von der Industrie zur Anlage ihrer Reserven benützt werden. Ein anderer Teil wird dazu dienen, der Industrie Kredite zu beschaffen, sei es bei den Lieferanten oder bei den privaten Banken. Auch die letzteren werden dann keineswegs die zur Kreditsicherung bei ihnen hinterlegten Steuergutscheine sämtlich bei der Reichsbank lombardieren, sondern sie werden sie ebenfalls als gute Anlage ihrer erfreulicherweise wachsenden Einlagen und auch ihres eigenen Vermögens betrachten. Nur im Notfalle werden sie die Steuergutscheine als Unterlage für eine Geldbeschaffung bei der Reichsbank verpfänden. Wieder ein anderer Teil der Steuergutscheine wird an der Börse plaziert werden und so den Sparern oder Kapitalbesitzern als Anlagepapier dienen. Es bedeutet daher eine Verkennung des Wesens der Steuergutscheine, wenn man sie als Zahlungsmittel oder als ein Instrument zur Vermehrung des Zahlungsmittelumlaufs ansieht. Sie sind nichts anderes als ein neugeschaffenes Rentenpapier, und die gegenwärtige Verfassung des deutschen Rentenmarktes zeigt deutlich, daß man seine Aufnahmefähigkeit für eine derartige durch künftige Steuereingänge gut gesicherte Anleihe des Reichs nicht überschätzt hat.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.) 27)

XVII.

Für Eberhard Kerkhoff waren diese herrlichen Sommertage einprägsam für's ganze Leben: Er verbrachte sie in einer Zelle des Bezirksgerichts Kufstein, wo man ihn in Untersuchungshaft hielt. Täglich wurde er verhört, ohne der sehnsüchtig erwarteten Freiheit einen Schritt näherzukommen.

„Herrgott, wie lange soll denn dieses Affentheater noch dauern?" ging er einmal hoch.

Das half ihm natürlich alles nichts. Man hatte sein Buch gefunden, man kannte die Rivalität zwischen ihm und dem noch immer vermißten Bidor, ergo: er mußte stecken bleiben, bis sich Bidor von selber meldete oder er — Kerkhoff — ein Geständnis ablegte. Es war zum Verzweifeln!

Und kein Silberstreif am Wolkensaum.

Verhör um Verhör. Immer dasselbe.

„Die Bergführer haben das ganze Kaisergebirge durchstöbert, von Bidor keine Spur ..." wurde dem Häftling gesagt.

Und Kerkhoff blieb nichts übrig, als immer wieder zu beteuern: „Ich kenne den Menschen nur flüchtig von einem Spielabend in Salzburg. Das ist knapp vierzehn Tage her. Zwei Tage später sah ich ihn auf der Kampenwand wieder. Dort oben überfiel er mich mit Steinen, die mich aber nur an der Schulter verletzten; hier sind noch die blauen Flecken davon."

Er riß Jakett und Weste herunter, öffnete das Hemd.

Der Untersuchungsrichter schien kaum hinzusehen. Diese Spuren konnten ebenso gut von einer Wirtshausschlägerei herrühren! Was Kerkhoff hier von einem phantastischen Ueberfall erzählte, war kaum auf Stichhaltigkeit nachzuprüfen.

„Und wie ist es mit der Frau, mit dieser — —" Der Protokollant kam dem Gedächtnis des Richters zu Hilfe.

„Ursula Josephy."

Kerkhoff biß die Kiefer aufeinander. Verwünscht, hier leuchteten sie einem bis in die geheimsten Herzenswinkel!

Half alles nichts, heraus mit der Sprache! Die Herren vom Gericht gaben sich ja doch nicht eher zufrieden, bis man wie ein geöffnetes Buch vor ihnen lag.

„Fräulein Josephy habe ich vor einem Jahr flüchtig in Mittenwald kennen gelernt. Dann sah ich sie erst vor vierzehn Tagen bei einem Ausflug zum Königsee wieder. Ich hatte dabei das Glück, ihr bei der Landung in Sturm und Wetter ein wenig behilflich sein zu dürfen. Abends traf ich dann Bidor in Salzburg."

„Sie waren ihm nicht grün wegen seiner geschäftlichen Erfolge, die denselben Handelsartikel betrafen, wie den von Ihnen vertretenen," bohrte der Richter weiter mit der unerbittlichen Strenge eines Großinquisitors.

„Das ist kompletter Unsinn. In geschäftlicher Hinsicht ist mir der Vertreter der Austria-Werke nie ernstlich gefährlich geworden", protestierte Kerkhoff mit aller Entschiedenheit.

„Ursula Josephy soll die Braut des Verschwundenen gewesen sein?" fragte der Richter umständlich seine Augengläser mit einem Zipfel des Taschentuches flimmernd.

Der Untersuchungsgefangene sah mit einem Ausdruck des Bedauerns auf den kleinen, dicken Herrn herab, der ohne Brille wahrscheinlich hilflos wie ein Baby war. Wenn sie dem Aermsten entfällt, just, wenn er im großen Quergang der Totenkirchl-Westwand hängt, ist er rettungslos verloren, stellte Kerkhoff nicht ohne gelindes Grauen fest. Dann erst besann er sich auf die gestellte Frage.

„Auch das stimmt nicht. Fräulein Josephy pflegte nur einen losen, freundschaftlichen Verkehr mit Rainer Bidor. Von einer intimeren Bindung zwischen ihnen kann gar keine Rede sein. Ich möchte wissen, wer solchen Blödsinn geäußert hat."

„Und ich muß Sie bitten, derartige ungehörige Randbemerkungen gefälligst zu unterlassen!" begehrte der Richter auf. Dann gemäßigter fortfahrend: „Wie kam Ihre Sekretärin dazu, mit Bidor in Ihrer Jagdhütte Quartier zu beziehen?"

Kerkhoff dachte bei sich: Was die in den zehn Tagen Haft alles erfahren haben!

Er hob bedauernd die Schultern. „Das ist mir auch ein Rätsel."

Selbstverständlich wußte der Richter darüber Bescheid. Toni Geislinger war in München zu diesem Punkt kommissarisch vernommen worden.

„Nun kommen wir zu dem kritischen Tage selber! Sie geben an, sich lautlos zurückgezogen zu haben, um Bidor und Fräulein Geislinger nicht zu stören. In der Wand sind Sie ..." Ursula Josephy begegnet, die Aufnahmen machen w[illegible] haben die Dame vor dem Aufstieg gewarnt, angeblich wegen Steinschlaggefahr. An dieser Stelle ist Steinschlag jedoch unbekannt."

„Ich wollte Fräulein Josephy ein mögliches Zusammentreffen mit Bidor ersparen."

„Warum?"

Der Verhörte sah zur Seite, sagte dann leise: „Darüber möchte ich die Aussage verweigern."

Pause. Leises Kratzen der Feder auf dem gelblichen Konzeptpapier. Als der Schreiber erwartungsvoll aufsah, fuhr der Untersuchungsrichter fort: „Sie lagen dann am Fuße der Wand und lasen einen Roman. Als Fräulein Josephy abstürzte, ohne sich zu verletzen, wollen Sie mit ihr sofort nach Griesenau gegangen sein und sie im Auto nach Adelholzen zu ihrem Vater begleitet haben."

„Das wird Fräulein Josephy selber bestätigen."

Der Richter trommelte nervös mit den Fingern auf die verkratzte Platte seines Schreibtisches.

„Warum blieben Sie nicht in Adelholzen? Statt dessen hatten Sie es furchtbar eilig, ins Gebirge zurückzukommen."

Kerkhoff konnte ein Lächeln nicht unterdrücken. Sollte er der Wahrheit die Ehre geben?

„Ich wollte in meiner Hütte Ordnung machen, um sie dann nie wieder zu betreten. Die Jagd in dieser Gegend war mir aus mehrfachen Gründen verleidet."

„Zwischen Oberförsterei und Griesenau trafen Sie Ihre Sekretärin?"

„Ja, Toni Geislinger. Sie sagte mir, daß Bidor abgestürzt sei. Ich konnte das nicht wissen; denn nachweislich weilte ich in der fraglichen Zeit in Adelholzen respektive unterwegs."

„Weiter ..." drängte der Untersuchungsrichter.

„Ich ging denselben Pfad, den Toni Geislinger kam. Es gibt keinen anderen Weg. Sie werden ihn kennen. Zwei Stunden später traf ich in meiner Hütte ein."

„Und Sie haben den Abgestürzten nirgends gesehen?" Der Richter durchbohrte Kerkhoff mit seinen Blicken. Es waren die funkelnden, geschliffenen Augenspeere des berufsmäßigen Menschenkenners.

Kerkhoff hielt ihnen stand.

„Nirgends!" sagte er, ohne mit der Wimper zu zucken.

Der Vernehmende spielte in Gedanken versunken mit dem Mechanismus seines Füllbleistiftes, bis die Mine abbrach.

Dann ungeduldig fortfahrend: „Hier klafft eine Lücke im Untersuchungsergebnis. Sie behaupten, Bidor nicht gesehen zu haben. Ihre Sekretärin beteuert, den Verletzten an der Quelle zurückgelassen zu haben. Er sei dermaßen hinfällig gewesen, daß es völlig undenkbar wäre, wie er sich mit eigener Kraft hätte fortbewegen können."

Kerkhoff zuckte mit den Schultern, so, als ob ihn das alles nichts anginge. Nur eins wußte er nun sicher: Toni Geislinger hatte offenbar ihre Aussagen so gestellt, daß er schwer belastet wurde! Das streifte nahe die Grenze des Verrats ...

Nach einer Weile sagte er in das entstandene Schweigen: „Möglicherweise haben ihn Touristen gefunden und mitgenommen."

Das empfand der Richter beinahe als persönliche Beleidigung. Als ob er nicht selbst soviel Scharfsinn im Kopfe habe!

„Wir haben in dieser Hinsicht alles unternommen, was irgendwie in Frage kam. Leider vergeblich."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aus Stadt und Land

(Wetterbericht.) Im Norden liegt eine starke Depression, die die Wetterlage beherrscht und für Freitag und Samstag unbeständiges und naßkaltes Wetter erwarten läßt.

Calmbach, 21. Nov. Am Totensonntag sind im Schulhof angetreten der Musikverein, Krieger- und Militärverein, Gesangverein und Turnverein. Mit umflorten Fahnen marschierte man gemeinsam zur Kirche und nach dem Gottesdienst unter den Klängen von Trauermärschen zum Kriegerdenkmal. Hier sang der Gesangverein „Stumm schläft der Krieger"; dann traten 6 Turnerinnen vor das Denkmal und brachten einen sinnigen Gedenkspruch für unsere gefallenen Krieger zum Vortrag. Bürgermeister Schweitzer legte dann einen Lorbeerkranz nieder namens der Vereine und der Gemeinde. Während die Musik das Lied vom guten Kameraden spielte, senkten sich die Fahnen und entblößten Hauptes wurde der Toten gedacht. Dann gings mit Marschmusik zurück zum Antrittsplatz. Hier dankte der Vorstand des Militärvereins besonders dem Gemeindekollegium sowie allen, die an der Ehrung teilgenommen haben und betonte, wie schön es gewesen sei, daß sich heute so viele zusammengefunden haben, in einer Einigkeit, wie sie beim Ausmarsch 1914 gewesen sei, zusammengestanden seien, er wünsche und hoffe, daß solche Einigkeit auch im täglichen Verkehr und Leben miteinander mehr zum Ausdruck kommen möge, dann wäre vieles besser in unserem Vaterland. — (Vorstehender Bericht ging uns gleichzeitig mit dem bereits veröffentlichten zu. D. Schriftl.)

Conweiler, 22. Nov. Die Durchsicht der Gemeindepflege-, Schulkassen- und Ortsfürsorge-Kassen-Rechnung wurde in der heutigen Sitzung vorgenommen ohne Verfügungen zu treffen. — An die hiesigen Einwohner werden auch in diesem Jahre wieder Christbäume abgegeben zum Preis von 40, 20 u. 10 Pfg. pro Stück. — Die Dacharbeiten am Schulhaus werden den niedrigsten Offertstellern Faaß und Stoll zum Stundenlohn von 55 Pfg. übertragen. — Die Anfuhr von 8 Waggon Straßenschotter à 400 Zentner ab Bahnhof Neuenbürg an die Verwendungsstelle hier, wird zum Preise von 17 Pfg pro Zentner den hiesigen Fuhrleuten übertragen. — Auf Grund eines Gesuchs des Vorsitzenden wurden den hiesigen Bedürftigen 40 Zentner Kartoffeln vom Bezirkswohltätigkeitsverein zugewiesen. Diese stammen aus der Sammlung für die Winternothilfe der Gemeinde Loffenau. Der Vorsitzende dankt in der heutigen Sitzung der Gemeinde Loffenau, sowie dem Bezirkswohltätigkeitsverein für diese Zuweisung und ganz besonders den edlen Spendern. — Das Arbeitsamt Pforzheim teilt mit, daß der seitherige Lagerführer verschiedener Umstände halber als solcher nicht anerkannt wird. Seitens des Gemeinderats wird ein anderer Lagerführer vorgeschlagen, welcher nun auch anerkannt wurde. Zur heutigen Sitzung ist auf Einladung der Betreuer des Freiw. Arbeitsdienstes, Maier, erschienen, welcher über verschiedene neue Bestimmungen des Arbeitsamts Aufschluß gab. Von besonderer Wichtigkeit dabei ist, daß der zweite Freiw. Arbeitsdienst als halboffenes Lager gelte. Das Arbeitsamt besteht deshalb darauf, daß den Arbeitswilligen je eine warme Mahlzeit täglich verabreicht werden soll. Um diese Bestimmung durchzuführen, soll nun das Arbeitsamt ersucht werden, einen hiesigen erwerbslosen Koch im Sinne der Verordnung über den Freiw. Arbeitsdienst denselben anzuerkennen und zur Bereitung des Mittagessens für die Arbeitswilligen zuzulassen. — Durch die gegenwärtigen Ausführungsarbeiten der Feldbereinigungen I und II müssen die Allmandgrundstücke neu vermessen und vermarkt werden. Es ist nun Gelegenheit geboten, die Allmandgrundstücke entsprechend zu vermehren oder zu verringern. Beschluß: Die gleiche Anzahl Allmandstücke (162) zu belassen und wenn möglich, diese im gleichen Meßgehalt einzuteilen.

Feldrennach, 22. Nov. Eine nicht alltägliche Fundsache wurde heute bei dem Bürgermeisteramt angemeldet. Ein Arbeiter, der im Sägewerk Kling beschäftigt ist, fand auf freier Strecke ein ca. 2 Ztr. schweres Schwein, das sich gemütlich in der Nähe der Hauptstraße Neuenbürg—Marxzell herumtrieb. Offenbar hat dasselbe ein Pforzheimer Schweinehändler, der diese Straße gefahren ist, verloren.

Feldrennach. (Aus dem Gemeinderat.) Die als Notstandsarbeit genehmigte Urbarmachung und Einebnung der Schweineweide und des Gemeindesteinbruchs wurde in Akkord vergeben. Die Einebnung der Schweineweide mit einem Kostenaufwand von rund 300 RM. wurde dem Gottlieb Höll, Maurer hier um 1.80 RM. für den Kubikmeter, die Einebnung des Steinbruchs mit einem Kostenaufwand von rund 1458 Reichsmark dem Wilhelm Gegenheimer, hier, um 1.30 RM. für den Kubikmeter übertragen. Bei dieser Arbeit können sämtliche männlichen Erwerbslosen untergebracht werden, so daß vorübergehend — leider aber nur auf kurze Zeit — sämtliche männlichen Erwerbslosen in einem Arbeitsverhältnis untergebracht sind, sei es im Freiw. Arbeitsdienst bzw. in der Notstandsarbeit oder im Holzmachen und Steinklopfen und dergl. — Die Förderungsdauer für den Freiw. Arbeitsdienst ist bis zum 18. März 1933 verlängert und die Zahl der Tagwerke auf 12 000 erhöht worden unter der Voraussetzung, daß die über 25 Jahre alten Arbeitsdienstwilligen ab 30. November 1932 aus dem Lager ausscheiden. Durch die neuerdings erlassene Notverordnung, wonach in der Zeit vom 28. November 1932 bis 31. März 1933 Arbeitslose aus der Krisenunterstützung nicht ausgesteuert werden dürfen, ist wenigstens Vorsorge getroffen, daß die Ausscheidenden nicht in die Wohlfahrtsunterstützung kommen. Die Zimmerarbeiten für die Erstellung der Wartehalle an der Bedarfshaltestelle Feldrennach wurden den Zimmerleuten Hermann Großmann und Gottlob Stoll übertragen, die Maurerarbeiten den Gottlieb Höll und Genossen. Die Lieferung von 2 Stockleitern für die Freiw. Feuerwehr Feldrennach erhält Wagner Walz in Pfinzweiler. Bezüglich dem Gesuch des Fritz Koch um Genehmigung zur regelmäßigen Beförderung der Feldrennacher Arbeiter von Feldrennach über Schwann nach Neuenbürg und zurück wird auf die frühere Stellungnahme des Gemeinderats verwiesen, an der sich inzwischen nichts geändert hat. Die infolge Todesfall frei gewordene Stelle des Totengräbers in Pfinzweiler soll zur Bewerbung bekannt gegeben und neu besetzt werden. Die Steuerrückstände vom Jahr 1931 und früher wurden dem Gemeinderat einzeln bekannt gegeben und von diesem die zu ergreifenden Maßnahmen beschlossen.

Württemberg

Calw, 23. Nov. (Milchwirtschaftlicher Zusammenschluß). Unter dem Namen „Milchwirtschaftlicher Zusammenschluß nördlicher württ. Schwarzwald" ist ein Zusammenschluß im Sinne des § 38 des Milchgesetzes gebildet worden. Der Sitz des Zusammenschlusses ist in Calw.

Stuttgart, 23. Nov. (Esterle klagt). Auf die schweren und eindeutigen Vorwürfe, die Staatsanwalt Dr. Kohlhaas in aller Oeffentlichkeit gegen den Techniker Esterle, den „Beschützer des Königs" im Schw. Merkur erhoben hat, ist diesem nichts anderes übrig geblieben als die Erhebung einer Klage. Das hat er nun, wie er dem NS.-Kurier mitteilt, getan, indem er bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart Strafantrag gegen Dr. Kohlhaas gestellt hat. Diesem Prozeß wird man mit großer Spannung entgegensehen.

Cannstatt, 23. Nov. (Schwerer Diebstahl). Gestern nachmittag wurde einer Obst- und Gemüsehändlerin aus ihrem Magazin im Konstanzer Hof ein Lederbeutel mit über 500 Mk. Papier- und Silbergeld gestohlen. Der Diebstahl wurde ausgeführt, während die Frau damit beschäftigt war, ihre unverkauft gebliebenen Waren mit einem Handwagen vom Marktplatz zum Magazin zu schaffen. Das Geld befand sich in einem Korb. Während ihrer kurzen Abwesenheit muß jemand in das Magazin gekommen sein und das Geld, das übrigens für Obsteinkäufe bestimmt und zum Teil als Darlehen aufgenommen war, an sich genommen haben.

Eßlingen a. N., 23. Novbr. (Herabsetzung der Baudarlehenszinsen.) Der Gemeinderat beschloß, die Zinsen für Baudarlehen zunächst für die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 31. März 1933 um ein Prozent herabzusetzen. Durch die einprozentige Zinssenkung verliert die Stadt also 37 000 RM., die jedoch durch die Zinssenkung, die auch die Gemeinden erfahren, ungefähr wieder ausgeglichen wird.

Bonfeld, OA. Heilbronn, 23. November. (Unfall beim Hochzeitsschießen.) Beim Hochzeitsschießen wurde am Samstag ein 3jähriges Bübchen an einem Auge schwer verletzt. Es ist ein unverzeihlicher Leichtsinn, inmitten des Dorfes und in der Nähe von Kindern zu schießen.

Göppingen, 23. Nov. (Gestörtes nächtliches Stelldichein.) Vier junge Männer und ebensoviele junge Mädchen von hier und Umgebung gaben sich in einem am Rande der Stadt gelegenen Heuhaus ein Stelldichein. Anläßlich einer Durchsuchung durch die Polizei wurden sie festgenommen und ins Amtsgerichtsgefängnis Göppingen eingeliefert. Der Schnellrichter quittierte das unbefugte nächtliche Eindringen in fremdes Eigentum mit je fünf Tagen Gefängnis und ordnete die sofortige Verbüßung der Strafe für alle Verurteilten an. Während die Männer die Strafe ruhig hinnahmen, waren die Mädchen von der Auffassung des Schnellrichters wenig erbaut, sodaß ein verstärktes Polizeiaufgebot nötig wurde, um die in ihrer Ehre gekränkten Amazonen ins Gefängnis zu geleiten.

Göppingen, 23. Nov. (Schönes Ergebnis einer Treibjagd). Anläßlich von zwei in den letzten Tagen im gräfl. v. Rechberg'schen Revier abgehaltenen Treibjagden wurden 23 Hasen, 23 Rehe und 12 Füchse sowie 2 Schnepfen erlegt.

Wellendingen, OA. Rottweil, 23. Nov. (Billiges Holz). Die Gemeinde verkaufte am Samstag Brennholz aus verschiedenen Waldteilen. Das Holz mußte unter dem Anschlag abgegeben werden. Der Erlös für 1 Rm. bewegte sich zwischen 2.50 und 4 Mk. Es bedeutet dies einen riesigen Ausfall in den Gemeindeeinnahmen. Bezahlt wurde für das Aufmachen pro Rm. 1.40 Mk.

*

Sigmaringen, 23. Nov. (Ein Raubmörder richtet sich selbst.) Verschiedene Geflügel- und Kleintierzüchter in Sigmaringen bemerkten in letzter Zeit, daß ihre Ställe von nächtlichen Eindringlingen heimgesucht und beraubt worden waren. Man hatte Fuchs, Marder, Wiesel, Iltis im Verdacht, aber diesmal ihnen ausnahmsweise bitter Unrecht getan. Der vergangene Sonntag Morgen brachte des Rätsels Lösung. Zwei Hunde hatten ihr Jagdrevier am Brunnenberg in der Nacht auf den Sonntag mal wieder heimgesucht. Der Versuch, in einen Hasenstall einzubrechen, mißlang, worauf sich die beiden Weidgenossen einem Hühnerstall zuwandten, bei dem sie mehr Glück hatten. Es gelang ihnen, die Türe aufzudrücken. Bei dem entstandenen Geräusch erwachten die Hausbewohner, und einer der Hunde machte sich davon. Der andere jagte lustig die verstörten Eierproduzenten, setzte einem über den Zaun flatternden nach und — fing sich mit dem Halsband an einer Stakete des Zauns, allwo er früh morgens elend erhängt gefunden wurde. Das von ihm schwer verletzte Huhn lag noch zu Füßen seines Mörders.

*

Rothenburg o. T., 23. Nov. (In finanzieller Bedrängnis). Die Ueberprüfung des städt. Haushalts hat ergeben, daß trotz der größtmöglichsten Einsparungen und trotz Heranziehung aller Steuern der Fehlbetrag immer noch 116 912 Mk. ausmacht. Wie er gedeckt werden soll, ist unerfindlich. Dabei sind jetzt in den Einnahmen Gelder herangezogen, die eigentlich noch nicht benützt werden dürfen. Außerdem wird zunächst eine Rückzahlung von Darlehen, die die Stadt aufgenommen hat, unterbleiben, da die Gelder nicht vorhanden sind.

Reichsbaudarlehen für Eigenheime

Stuttgart, 23. Nov. Im amtlichen Teil des Staatsanzeigers sind nunmehr die Bestimmungen des Reichsarbeitsministeriums und der Landeskreditanstalt über Reichsbaudarlehen für Eigenheime erschienen. Aus einem Gesamtbetrag von zunächst 17 Millionen Reichsmark ist dem Land Württemberg die Summe von 560 000 RM. zugeteilt worden. Da die einzelnen Darlehen nicht mehr als 1500 RM. bis 2000 RM. betragen sollen, ist die Zahl der zu fördernden Wohnungen für das Land sehr beschränkt (etwa 400). Die Herstellungskosten des Eigenheims einschließlich aller Nebenkosten, jedoch ausschließlich Kosten des Grunderwerbs und der Geländeerschließung, sollen in der Regel 8000 RM. nicht übersteigen. In erster Linie sind Bewerber zu berücksichtigen, die über besonders viel Fremd- und Eigenkapital für den Bau verfügen, dabei sind Schwerkriegsbeschädigte und Kinderreiche, sowie solche Bewerber zu bevorzugen, die Gewähr dafür bieten, daß sie den Lebensunterhalt ihrer Familie durch den Ertrag des Grundstücks im Weg der Selbstversorgung erleichtern werden. In diesem Falle muß der Bewerber ein Eigenkapital in Höhe von mindestens 30 v. H. der Bau- und Nebenkosten zuzüglich des Werts von Grund und Boden nachweisen können. Die Höhe des Zinsfußes beträgt 4 v. H., falls die Reichsbaudarlehen mit höchstens 40 v. H. der Bau- und Nebenkosten ausläuft. Uebersteigt das Reichsbaudarlehen diese Wertgrenze, so beträgt der Zinsfuß für den ganzen Kapitalbetrag 5 v. H. Neben Zins und Tilgung ist außerdem eine laufende jährliche Verwaltungsgebühr von ½ v. H. des ursprünglichen Kapitals zu entrichten. Bei der Auszahlung des Darlehens darf eine einmalige Bearbeitsgebühr von höchstens ¾ v. H. in Abzug gebracht werden. Es beträgt also ohne diese Gebühr die laufende Zins- und Tilgungsverpflichtung 5½—6½ v. H. (also wesentlich höher als die Bedingungen der Darlehen der Landeskreditanstalt). Für die Reichsbaudarlehen kommen in der Regel nur Einzelsiedler in Frage, besonders solche, die bereits ein geeignetes Grundstück besitzen; gegen die Zusammenfassung mehrerer Bauvorhaben bei einem Träger bestehen dann keine Bedenken, wenn nicht auf Vorrat gebaut wird, sondern für die einzelnen Objekte bereits feste Abnehmer vorhanden sind. Es dürfen nur solche Eigenheime berücksichtigt werden, die erst nach Erteilung des Darlehenbescheides begonnen werden. Anträge auf Gewährung der Darlehen haben die Bauherren vom 15. Dezember 1932 ab unter Benützung des vorgeschriebenen Vordruckes durch Vermittlung des Ortsvorstehers an die Landeskreditanstalt einzureichen.

Mittel für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge Freiwilliger Arbeitsdienst

Stuttgart, 22. Nov. Am Dienstag war der Finanzausschuß wieder zu einer Sitzung zusammengetreten. Der Wirtschaftsminister hat dem Finanzausschuß mitgeteilt, daß von den in Kap. 73 Tit. 3 des Staatshaushaltsplans für 1932 verabschiedeten Mitteln durch Einsparung bei dem Ausbau der Staustufe Münster weitere 250 000 Mark nicht benötigt werden. Diese 250 000 Mark sollen auf Kap. 73 Tit. 1 übertragen werden. Auf Antrag des Berichterstatters Weimer erklärt sich der Finanzausschuß hiermit einverstanden. Die nationalsozialistische Fraktion hatte einen Antrag auf Betreuung der Notstandsarbeiten und des Freiwilligen Arbeitsdienstes durch einen staatlichen Techniker eingebracht. Berichterstatter Weimer (Soz.) wandte sich gegen diesen Antrag. Der Freiwillige Arbeitsdienst sei reichsgesetzlich geregelt. Das Land habe auf die Entscheidungen der Reichsstellen bzw. des Bezirkskommissars keinen Einfluß. Die Antragsteller müßten sich an das Reich wenden. Sowohl für den Träger der Arbeit als des Dienstes entscheide der Präsident des Landesarbeitsdienstes. Ein nationalsozialistischer Redner legte die grundsätzliche Seite der Arbeitsdienstpflicht dar. Leider sei die Arbeitsdienstpflicht in die freiwillige Arbeitsdienstpflicht umgebogen worden. Es sei beabsichtigt, neue technische Aemter beim Landesarbeitsamt zu schaffen. Die durch den nationalsozialistischen Antrag geforderte Regelung bedeute eine Vereinfachung und Beseitigung von Ressortschwierigkeiten und die Beseitigung der Rivalität zwischen den Organisationen. Der Wirtschaftsminister führte aus, zu dem Antrag sei seitens der Regierung schwer Stellung zu nehmen, da viele reichsrechtliche Fragen berührt werden. Im großen und ganzen gehe die Abwicklung in Württemberg gut von statten. Durch den Antrag geforderte Neuorganisationen könnten kleinere Reibungen ebenfalls nicht verhindern. Zu den geplanten Technikerkommissionen des Landesarbeitsamtes habe der Präsident des Landesarbeitsamtes dem Wirtschaftsministerium mitgeteilt, daß dieser Plan nicht zur Ausführung komme. Nach längerer Aussprache wurde ein Antrag des Berichterstatters angenommen, über den Antrag Blankenhorn (RS.) zur Tagesordnung überzugehen. Die Annahme erfolgte mit 9 Ja (Z., DD., S., BB.) gegen 5 Nein (RS.) und 2 Enthaltungen (CVD., K.). Damit war der nationalsozialistische Antrag abgelehnt. Im Verlauf der Debatte erklärte ein Redner des Zentrums, obwohl die technische Zusammenfassung wie die Zusammenfassung der Mittel in einer Hand sei nicht wünschenswert. Er beantragte folgende Entschließung: Der Landtag legt Wert darauf, daß die technische Planung von Notstandsarbeiten und Arbeiten des Freiwilligen Arbeitsdienstes bei den bestehenden technischen Landesämtern verbleibt. Er geht davon aus, daß die Zusammenarbeit zwischen dem Landesarbeitsamt, Wirtschaftsministerium und den technischen Stellen eine so enge ist, daß die Arbeiten einerseits nach volkswirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten, andererseits ohne Zeitverlust durchgeführt werden. Diese Entschließung wurde im ersten Teil mit 15 Ja gegen eine kommunistische Stimme (Enthaltung) angenommen, in ihrem zweiten Teil mit 10 Ja (Z., DD., S., BB., CVD.) bei 6 Enthaltungen (RS., K.).

Bei der Berichterstattung des Abg. Scheffold (Z.) über einige Eingaben von privater Seite wurde auf Antrag des Berichterstatters einstimmig beschlossen, das Gesuch der Architekten A. Kicherer und Schwaderer dem Staatsministerium zur Erwägung zu übergeben. Die Architekten suchten darum nach, bei der weiteren Planbearbeitung zum Wiederaufbau des Alten Schlosses zu gemeinsamer Arbeit herangezogen zu werden. — Fortsetzung Mittwoch nachmittag.

15. Jahresversammlung des württembergischen Waldbesitzerverbandes

Stuttgart, 22. Nov. Der Waldbesitzerverband von Württemberg und Hohenzollern hält am Samstag, 10. Dezember, im Hindenburgbau seine 15. Jahresversammlung ab. Die Tagung wird eine Kundgebung sein zur Wiederherstellung der Rentabilität in der Waldwirtschaft. Als Redner werden sprechen Freiherr Rüdt von Collenberg, Oberregierungsrat Dr. Schiller und Oberforstmeister Dr. Dannecker.

In dem Tätigkeitsbericht 1932 des württ. Waldbesitzerverbandes wird das Jahr 1932 als ein Wendepunkt in der Waldwirtschaftspolitik bezeichnet. Angesichts der verheerenden Wirkung der übersteigerten Holzeinfuhr des Auslandes wurde vom Verband der Kampf um einen wirksamen Schutz für die deutschen Walderzeugnisse in verstärktem Maße fortgeführt. Die Bemühungen haben schließlich zur teilweisen Verbesserung des Zollschutzes geführt. Alles in allem steht fest, daß die Waldwirtschaft in ihrem Kampf um die Abdrosselung der Auslandseinfuhr um ein gutes Stück vorwärts gekommen ist. Auf dem Gebiet des Steuerwesens ist eine entsprechende Erleichterung nicht erreicht worden. Die Werbung für Holz und die Förderung vermehrten Holzverbrauchs bildeten ein überaus reiches Betätigungsfeld der Forstorganisationen. Zur Verbreitung und Vertiefung forstlicher Kenntnisse wurden zahlreiche Waldbegänge abgehalten. Es wurde alles getan, um durch geeignete Maßnahmen zur Stützung der Holzpreise und des Holzmarktes beizutragen. Die Leitung des Waldbesitzerverbandes wird auch weiterhin ihr ganzes Bestreben darauf richten, die furchtbare Notlage der Forstbetriebe durch unentwegtes Eintreten für die erforderlichen Schutz- und Fürsorgemaßnahmen erleichtern zu helfen.

Die Hundesteuerfrage in Stuttgart

Stuttgart, 23. Nov. Wie wir hören, beschäftigt sich am kommenden Donnerstag der Gemeinderat mit der Hundesteuerfrage, deren Lösung die Hundebesitzer mit Spannung erwarten. Die Rassehundezucht Württembergs ging seit 1926 — Erhöhung der ordentlichen Jahressteuer auf 60 RM. — um 75 Prozent zurück, da die Zwingersteuersätze von 120 Mk. für zwei Hunde und 180 Mk. für drei und mehr Hunde einfach nicht tragbar sind. Eine Eingabe an den Staat im vorigen Jahr zwecks Herabsetzung der Zwingersteuersätze ist vom württembergischen Städtetag sogar befürwortet, von der Regierung aber abgelehnt worden, obgleich in mehreren Eingaben der ungeheure volkswirtschaftliche Wert, der in der Rassehundezucht steckt, an Hand von einwandfreien Unter-

Der „Radio-Wolkenkratzer" der Rockefeller-Stadt fertiggestellt

Der gewaltige 31 Stockwerke hohe Wolkenkratzer der Newyorker Rockefeller-Stadt, der in diesen Tagen fertiggestellt wurde. Der riesige Bau, der nur einen kleinen Teil des gigantischen Rockefeller'schen City-Projekts ausmacht, wird dazu dienen, einen Sender und verschiedene Unternehmungen, die mit dem Rundfunk im Zusammenhang stehen, aufzunehmen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

lagen nachgewiesen worden ist. Vom ethischen Standpunkt aus betrachtet, stellt schon die Erhebung einer Jahressteuer von 60 RM. eine ungewöhnliche Härte dar, gegen die sich das Herz eines jeden Tierfreundes aufbäumt. Hoffentlich haben nunmehr die Stuttgarter Stadträte soviel Einsicht, daß sie die Hundesteuer auf ein erträgliches Maß herabsetzen, zumal die Stadt Stuttgart durch die Erhöhung der Steuer auf 60 RM. im Jahre 1926 ihre Einnahmen nicht etwa erhöhen konnte, der Ausfall vielmehr einen beträchtlichen Betrag darstellt. Mit der Erhöhung der Steuer wurden Tausende von Hunden getötet, Tausenden von Tierfreunden blutete das Herz, die mitansehen mußten, wie ihr vierbeiniger Freund nur des Mammons wegen sein Leben lassen mußte. Die Stadträte haben es in der Hand, einer weiteren Massentötung am nächsten Steuertermin vorzubeugen, indem sie die ordentliche Jahressteuer auf 30 RM. herabsetzen. Dann wird auch wieder eine lebhaftere Zucht in Rassehunden einsetzen, der Export ins Ausland wird gehoben und das Volksvermögen gestärkt werden. Der Bund württembergischer kynologischer Vereine weist nach, daß in Württemberg früher Dutzende von Zuchtveranstaltungen in einem Jahr stattgefunden hatten, in den letzten Jahren dagegen nur noch 3—4, die zudem nur ganz mäßig beschickt waren. Noch im Jahre 1925 waren auf der Stuttgarter Rassehunde-Ausstellung 1350 Hunde ausgestellt, 1929 noch 600 und 1930 nur noch 450. Seitdem fand in Stuttgart keine Rassehundeausstellung mehr statt. Soll die Rassehundezucht Württembergs und mit ihr die nicht zu unterschätzende Bedeutung des Wertes für die Volkswirtschaft nicht weiterhin einbüßen, so hilft nur eine vernünftige Steuerpolitik der Stadt Stuttgart, der die anderen württembergischen Gemeinden sofort folgen werden.

Die Finanznot der Stadt Eßlingen

Eßlingen, 23. Nov. Der Gemeinderat befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Finanzlage der Stadt. Der Abmangel des Haushalts 1932 beträgt 600 000 RM. Alle Aenderungen, wie Erhöhung von Einwohner- und Bürgersteuer, Katastersenkung usw. sind bereits berücksichtigt worden. Die Umlage beträgt schon 28 Prozent. Die Leistungsfähigkeit der Gemeindebürger ist erschöpft. Die Richtsätze für die Erwerbslosen-Wohlfahrtspflege sind herabgesetzt. Alle nicht lebensnotwendigen Ausgaben hat die Stadt im Etat gestrichen. Eine Million Steuerrückstände ist vorhanden. Die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung hat nun der Stadtverwaltung die Auflage gemacht, den Abmangel von 600 000 RM. zu decken. Die Stadtverwaltung steht aber auf dem Standpunkt, daß eine weitere Steuer- und Gebührenerhöhung sowie eine nochmalige Senkung der Richtsätze für die Erwerbslosen ausgeschlossen ist. Auch der Stadtvorstand sieht sich nicht in der Lage, solche Maßnahmen zu verordnen. Helfen kann nur eine wesentliche Aenderung der Kommunalpolitik des Reiches und der Länder. Der Gemeinderat beschloß, an die Ministerialabteilung eine Entschließung zu senden, in der zum Ausdruck kommt, daß Lasten, wie sie durch die Regierung den Gemeinden zugemutet werden, nicht mehr getragen werden können und ein Ausgleich aus eigener Kraft nicht möglich ist. Daher richtet der Gemeinderat an die Ministerialabteilung das dringende Ersuchen, von Diktaturmaßnahmen abzusehen, da in ihnen nicht der Weg zum Ausgleich des Defizits erblickt werden kann.

Handel und Verkehr

Vaihingen a. E., 23. Novbr. (Vom Tabakmarkt.) Im Laufe der letzten Woche konnte das heurige Tabakerzeugnis des Enztals und der benachbarten Anbaugebiete flott abgesetzt werden. Die Pflanzer sind bestrebt, immer mehr Qualitätsware auf den Markt zu bringen. Der verhältnismäßig günstige Jahrgang und nicht zuletzt der Einfuhrzoll auf Auslandstabak haben den Tabakbauern Preise gebracht, mit denen sie zufrieden sein können. Erlöst wurden je Zentner dachreife Ware in Knittlingen 62 und 63 RM., Roßwag 60 RM., Illingen 58, Großglattbach 55 und 57, Derdingen 53, Lomersheim 58, Mühlhausen a. E. 56 RM.

Stuttgart, 23. Novbr. (Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof.) Seit 21. November wurden 80 Wagen neu zugeführt, nämlich aus Württemberg 1, Oesterreich 37, Jugoslawien 22, Italien 19, Frankreich 1. Nach auswärts sind inzwischen 10 Wagen abgegangen. Preis heute wagenweise für 10 000 Kg. von 880—1080 RM., und zwar für Obst aus Italien 880—950 RM., im übrigen 1030—1080 RM.; im Kleinverkauf 5—5.70 RM. für 1 Zentner. Marktlage: ziemlich lebhaft.

Letzte Nachrichten

Karlsruhe, 23. November. Der Haushaltsausschuß des badischen Landtags hat mit 10 Stimmen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei gegen eine Stimme des staatspartellichen Vertreters das Konkordat und den evangelischen Kirchenvertrag angenommen. Die Vertreter der Nationalsozialisten und der Sozialdemokraten im Ausschuß übten Stimmenthaltung.

Essen, 23. Nov. In den frühen Morgenstunden des Mittwoch wurden bei der Bochumer Erdbebenwarte erneut Erdstöße aufgezeichnet, die jedoch nach den bisher vorliegenden Nachrichten an Stärke erheblich hinter den in der Nacht zum Montag aufgetretenen Beben zurückbleiben. Die neuerlichen Erdbewegungen sind, wie eine Rundfrage erkennen läßt, von der Bevölkerung kaum bemerkt worden.

Berlin, 23. Nov. Der Fieberthermometerfabrikant Franz Schubert in Geraberg, Thüringer Wald, wurde vom Staatlichen Prüfamt in Ilmenau überführt, Fieberthermometer in riesigen Mengen mit falschen Eichstempeln versehen und vertrieben zu haben. Nach den bisherigen Feststellungen sollen zehntausende dieser gefälschten Thermometer in den Handel gebracht worden sein. In der Wohnung Schuberts sind durch die Gendarmerie allein 45 000 Stück beschlagnahmt worden. Die Fieberthermometer-Industrie ist durch diese Fälschungen schwer geschädigt worden. Schubert wurde verhaftet und ins Ilmenauer Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Linz (Donau), 23. Nov. Das Schwurgericht verurteilte heute den 53 Jahre alten Fleischergesellen Leitgöb wegen siebenfachen Mordes zu lebenslänglicher Kerkerstrafe. Unmittelbar nach der Verkündung des Urteils sprang Leitgöb durch das Fenster des Schwurgerichtssaales auf die Straße hinunter und versuchte zu entkommen. Bei dem Sprung hatte er sich aber eine blutige Verletzung an der Stirn zugezogen. Er wurde sofort in die Gefängnisabteilung des Gerichtes zurückgebracht.

Prag, 23. Nov. Die Aerztin Frau Dr. Klafter, die am 5. ds. Mts. im Krankenhaus in Pardubitz ihren durch Explosion schwer verunglückten Neffen, einen 14jährigen Realgymnasiasten, aus Mitleid wegen der ihm drohenden völligen Erblindung und körperlichen Verunstaltung durch fünf Revolverschüsse getötet hat, wurde heute aus der Haft entlassen. Auch die Mutter des Getöteten, die sich im Einverständnis mit ihrer Schwester befand, und gleichfalls verhaftet worden war, ist heute in Freiheit gesetzt worden. Frau Dr. Klafter wurde heute in eine Anstalt für Geisteskranke übergeführt.

Madrid, 23. Nov. Im hiesigen Musikpalast brach gestern während einer Kinovorstellung Feuer aus. Die Flammen griffen auf die Bühne über. Der Vorhang geriet in Brand, ebenso die Orgeln. Die Zuschauer konnten den Saal unversehrt verlassen. Die Flammen wurden von der Feuerwehr in zweistündiger Tätigkeit gelöscht. Der Sachschaden ist ziemlich bedeutend. Die Orgeln im Werte von 120 000 Peseten sind vernichtet. Ein Feuerwehrmann wurde leicht, ein Polizist schwer verletzt.

Trotzkis Reise nach Kopenhagen

Dünkirchen, 23. Nov. Auf seiner Reise nach Kopenhagen traf Leo Trotzki mit seiner Frau und seinem Sekretär gestern abend hier ein und begab sich an Bord des Dampfers „Bernstorff". Mit seiner Ankunft in Kopenhagen wird für heute abend gerechnet. Bei seiner Abfahrt waren von den hiesigen Behörden umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden, und sowohl der Bahnhof als die Dampferanlegestelle waren stark bewacht. In einer kurzen Unterredung mit einem Vertreter der United Preß erklärte Trotzki, daß er sein Buch über die Geschichte der russischen Revolution vor seiner Abreise aus der Türkei beendet habe und daß er das Ergebnis seiner Untersuchungen über den Verlauf und die Lehren der Revolution in Vorlesungen in Kopenhagen der Allgemeinheit bekanntgeben wolle. Falls es möglich sei, wolle er auch in anderen Städten derartige Vorlesungen halten. Wie Trotzki abschließend bemerkte, wird sein letztes Werk über die russische Revolution gleichzeitig in Newyork und Berlin in Kürze erscheinen.

Aufruhr in einem norwegischen Gefängnis

Oslo, 23. Nov. In einem im Schloß von Akershus untergebrachten Gefängnis brach gestern ein Aufruhr aus. Eine Anzahl Strafgefangener, die sich vor einiger Zeit an einer Gefängnisrevolte beteiligt hatten und deshalb zu Zusatzstrafen verurteilt worden waren, steckte die im zweiten Stockwerk des Gefängnisgebäudes gelegene Malerwerkstatt in Brand, schnitt die elektrischen Leitungen durch und griff einige Gefängnisaufseher tätlich an. Bei dem sich entwickelnden Handgemenge wurden einige Aufseher leicht verletzt. Polizei und Wachsoldaten verhinderten zunächst weitere Unruhen und stellten die Ruhe wieder her. Das Feuer, das inzwischen auch auf das dritte Stockwerk übergegriffen hatte, wurde von der Feuerwehr gelöscht. Einige Strafgefangene wurden in ein anderes Gefängnis geschafft.

Gibt es eine Erdbebengefahr für Deutschland?

Von Günter Kretschmar

Das in der Nacht von Sonntag auf Montag im Rheinland wahrgenommene Erdbeben läßt wieder die Frage auftauchen, ob es nicht auch für Deutschland eine regelrechte Erdbebengefahr gibt. Im nachfolgenden Aufsatz unseres meteorologischen Mitarbeiters wird auf Grund neuer Forschungen zu diesem interessanten Problem Stellung genommen.

Wenn man die Frage beantworten will, ob es für Deutschland eine ernstliche Erdbebengefahr gibt, so muß man sich zunächst über die Ursachen dieser Naturkatastrophen im Klaren sein. Diese Ursachen sind letzten Endes in der allmählichen Erkaltung unseres Planeten und seiner damit verbundenen Zusammenschrumpfung zu suchen. Ganz ähnlich, wie sich die Schale eines Apfels faltet, wenn die Frucht eintrocknet, so schrumpft auch die Oberfläche der Erde immer mehr zusammen, je kälter der glühende Kern unseres Planeten wird. Und da die feste Erdrinde ziemlich unelastisch ist, zerbrach sie bei diesem Abkühlungsprozeß in zahlreiche einzelne Stücke oder Schollen. Bis heute ist diese Entwicklung noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Abkühlung der Erde schreitet immer noch vorwärts, und die Folge ist, daß die einzelnen Schollen der Erdrinde niemals zur Ruhe kommen. Teils bewegen sie sich unausgesetzt, aber so langsam, daß man es gar nicht wahrnimmt, teils erfolgt diese Bewegung ruckweise, je nachdem die Schollen von den ihnen benachbarten in ihrer Bewegung nicht gehindert oder zwischen ihnen mehr oder weniger fest eingekeilt sind. In letzterem Falle werden oft ungeheure Spannungen hervorgerufen, die sich dann plötzlich und ruckweise entladen. Auf diese Weise entstehen die meisten Erdbeben und insbesondere alle diejenigen, die sich über große Gebiete erstrecken. Die unausgesetzte, doch merklich langsame Schollenbewegung aber kommt an der Erdoberfläche am deutlichsten in der Bildung der großen Kettengebirge zum Ausdruck, wie wir sie am großartigsten in jener riesenhaften Faltungslinie der Erdoberfläche vor uns haben, die sich von den Pyrenäen durch die Alpen und Karpathen bis zum Himalaya hinzieht. Da in hochaufragenden Kettengebirgen und Küstenländern, deren Boden steil und außerordentlich tief in den Ozean einfällt (Japan) die Erdrinde ihre größten Faltungen aufweist, zeigen sich hier die Schollen gegen seitlichen Druck besonders empfindlich.

Dementsprechend kommen für Deutschland als Ausgangspunkte für Erdbeben nur die Alpen in Betracht sowie ihre östlichen Fortsetzungen und Abzweigungen, die Karpathen, der Bayerische und Böhmische Wald, das Fichtel- und Erzgebirge und, von den Alpen nach Norden abzweigend, der Schwarzwald, die Vogesen und das rheinisch-westfälische Schiefergebirge mit dem Taunus und dem Hunsrück. In Uebereinstimmung hierzu steht auch die Häufigkeit der Erdbeben in den einzelnen deutschen Ländern. **Der erdbebenreichste Teil Deutschlands ist Württemberg.** Es folgen dann Baden, Taunus und Hunsrück, Westfalen, Erz- und Fichtelgebirge, Schlesien, Elsaß, Harz und Thüringen. Die große norddeutsche Tiefebene bleibt von fühlbaren Erderschütterungen überhaupt so gut wie gänzlich verschont. Es ist dies den riesenhaften Anhäufungen von losem Gebirgsschutt zu verdanken, der sich hier während der Eiszeit abgelagert hat und nun allen Erschütterungen des Untergrundes gegenüber als Stoßdämpfer dient. Anders ist es im mittleren und südlichen Deutschland, wo das feste Felsengerüst der Erde viel mehr zutage tritt und wo sich infolgedessen jede Erschütterung viel deutlicher äußert.

Daß von dem großen Kettengebirge der Alpen verhältnismäßig häufig Erdbeben ausgehen, kann uns nicht verwundern. Wir wissen, daß die Hauptfaltung und Erhebung dieses Gebirges erst in erdgeschichtlich späterer Zeit ihren Anfang genommen hat und daß die die Alpen aufbauenden Gesteinsschichten seit jener Zeit eine Zusammenziehung von nicht weniger als 120 Kilometer in waagerechter Richtung erfahren haben. Ganz ähnlich nun, wie eine Sprungfeder desto mehr Spannung in sich hat, je mehr man sie zusammendrückt, muß auch die erwähnte Zusammenschrumpfung der Alpen sich in einer gewaltigen Spannung bemerkbar machen. Von Zeit zu Zeit machen sich diese Spannungen Luft, und die Folge sind Erdbeben, durch die jene Schollen der Erdrinde, die an die Alpen angrenzen, erschüttert werden.

Was nun die Frage betrifft, ob Deutschland Erdbebenkatastrophen zu fürchten hat, so sei zunächst darauf hingewiesen, daß sich erfahrungsgemäß die Spannung der Alpen vorwiegend nach Süden entlädt. Dementsprechend treten von jeher südlich der Alpen weit häufiger Erdbeben auf als in unserem Vaterlande. Hinzu kommt, daß die Faltungserscheinungen an der südlichen Grenze Deutschlands einen immer langsameren Verlauf nehmen, und auch statistisch läßt sich nachweisen, daß die Erdbeben in Deutschland immer mehr abnehmen. Seitdem im Jahre 1208 Bayern, in den Jahren 1222 und 1223 die Rheinlande und im Jahre 1348 alle an die Alpen angrenzenden Gebiete von verheerenden Erdbeben betroffen wurden, ist unser Vaterland von wirklich katastrophalen Erdbeben verschont geblieben, und so besteht keinerlei Ursache, anzunehmen, daß die Zukunft uns in dieser Beziehung unangenehme Ueberraschungen bringen könnte. Im Gegenteil: es läßt sich als unumstößliche Tatsache nachweisen, daß von sämtlichen Kulturländern der Erde nur wenige gegen verheerende Erdbeben so gefeit sind wie grade unser Vaterland.

Weihnachtsbitte.

Das Jugendamt erlaubt sich, für besonders in seiner Fürsorge stehende Kinder um **Weihnachtsgaben** zu bitten. Kleidungsstücke, Lebensmittel, Geldspenden, Spielsachen u. ä. werden dankbar angenommen. Annahmestelle: **Jugendamt**, Bahnhofstraße.

Neuenbürg, den 23. November 1932.
Geschäftsführer: Wild. **Bezirksfürsorgerin:** Uber.

Der erfahrene Geschäftsmann

meidet jede wilde Reklame

Er verläßt sich einzig und allein auf die täglich zu Tausenden von Lesern sprechende

Zeitungs-Anzeige!

Machen Sie es auch so! Werben Sie durch das erprobte Werbemittel, durch den in allen Bevölkerungskreisen in Stadt und Land weitest verbreiteten

»Enztäler«

mit Nebenausgaben „Birkenfelder Tagblatt", „Calmbacher Tagblatt" und „Herrenalber Tagblatt".

Neuenbürg — Ruppertshofen.

Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns, alle Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag den 26. November 1932 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zur „Eintracht" in Neuenbürg freundlichst einzuladen.

Paul Keck. **Käthe Nothdurft.**

Kirchgang 1/2 3 Uhr in Neuenbürg.

Neuenbürg.

Bitte um Weihnachtsgaben.

Für die **Samariterhäuser** sowie für die zahlreichen sonstigen **Anstalten der Inneren Mission** erlaube ich mir, wie alljährlich, um Gaben zu bitten.

Ebenso werden Weihnachtsgaben für unsere **Kleinkinderschule** und **Kinderkirche** dankbar entgegengenommen.

Neuenbürg, den 22. November 1932.

Dekan Dr. Megerlin.

Birkenfeld.

Danksagung! Für die vielen Spenden und Gaben aller Art, die wir von dem Tage des Brandes unseres Anwesens bis zum heutigen erhalten haben, sagen wir allen bekannten und unbekannten Gebern von hier und auswärts ein herzliches „Vergelt's Gott!"

Familie Scheerer.

Bis zum 25. jeden Monats

muß der Briefträger die Bezugsgebühr für den kommenden Monat eingezogen haben.

Wollen Sie also keine verspätete Zustellung im Dez. und haben Sie vielleicht die Bezugserneuerung versäumt, so holen Sie dieselbe umgehend bei Ihrem Postamt oder auch bei Ihrem Briefträger nach. Eine Bestellung nach dem 25. eines Monats verursacht

20 Pfennig Verspätungsgebühr.

Neuenbürg.

Zu verkaufen:

1 Badeofen, Holz u. Kohlenfeuerung, 1 Kasten, 1türig, 1 Bücherständer, pol., zwei Fauteuils, 2 Tische, rund und oval, 1 Rauchtisch, ein Schüsselbrett, 1 Liegestuhl, 1 Vogelkäfig, 1 Puppenwiege, 1 großer Spiegel für Friseur oder Schneider(in), elektr. Lampen, 1 vollständ. Bett (auch einz. abzugeben), 1 Kommode, 1 Radio-Drei-Röhren mit Akku-Batterie.

Carl Führer,
Alte Pforzheimer Str. 358.

Birkenfeld.

Pflaumen- und Zwetschgen-Stämme

kauft

Egon Keller,
Drechslermeister.

Leitz-Ordner
Leitz-Mappen
Metall-Locher

empfiehlt die

C. Meeh'schen Buchhandlg.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw